

**Zeitschrift:** Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer  
**Herausgeber:** Auslandschweizer-Organisation  
**Band:** 20 (1993)  
**Heft:** 5

**Artikel:** Volksabstimmung vom 20. Februar 1994 : alles Verkehrspolitik  
**Autor:** Rusconi, Giuseppe  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-910346>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 23.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Volksabstimmung vom 20. Februar 1994

# Alles Verkehrspolitik

**Am kommenden 20. Februar wird das Schweizer Volk über fünf verkehrspolitische Vorlagen zu entscheiden haben.**

Von diesen fünf Vorlagen ist die Volksinitiative «zum Schutze des Alpengebietes vor dem Transitverkehr» (Alpeninitiative) die umstrittenste. Eine weitere Vorlage betrifft die Änderung des Luftverkehrsgesetzes, ge-

**Giuseppe Rusconi**

gen die das Referendum ergriffen wurde. Dem Volkswillen unterworfen sind ausserdem drei Bundesbeschlüsse: die zukünftige Erhebung einer Autobahnvignette und einer Schwerverkehrsabgabe sowie die Einführung leistungsabhängiger Schwerverkehrsabgaben nach dem Verursacherprinzip.

## Alpeninitiative

Die Initiative wurde 1989 von einem Komitee lanciert, das sich aus Vertretern aus den Kantonen Tessin, Uri, Wallis und Graubünden zusammensetzt. 1990 wurde sie mit 107'570 Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht. Die Initiative verlangt die Ergänzung der Bundesverfassung um einen Artikel, der den Bund verpflichtet, «das Alpengebiet vor den negativen Auswirkungen des Transitverkehrs zu schützen». Sie fordert eine Verlagerung des alpen-durchquerenden Gütertransitverkehrs auf die Schiene, und zwar innerhalb von 10 Jahren nach Annahme des Verfa-

sungsartikels. Schliesslich heisst es: «Die Transitstrassen-Kapazität im Alpengebiet darf nicht erhöht werden. Ausgenommen sind Umfahrungsstrassen zur Entlastung von Ortschaften vom Durchgangsverkehr». Vor allem diejenigen Initianten, die ökologischen Gruppierungen nahestehen, möchten mit dieser Initiative den Verzicht auf den Bau des zweiten Autotunnels durch den Gotthard erreichen.

Bundesrat und Parlament empfehlen, diese Volksinitiative zu verwerfen. Zustimmung findet sie bei den Sozialdemokraten, den Grünen, den Schweizer Demokraten und bei der Evangelischen Volkspartei. Verkehrsminister Adolf Ogi bezeichnete die Initiative aufgrund des Beschlusses, neue Eisenbahnalpen-transversalen zu bauen, als «hinfällig», und er unterstreicht, dass die Initiative gegen internationale und bilaterale Vereinbarungen verstösse und das Ausland benachteilige. Schliesslich bedeute der Strassenverkehr auch Wohlstand, und das Volk wünsche keine neuen Verbote.

## Luftverkehrsgesetz

Bundesrat und Parlament haben beschlossen, das Luftverkehrsgesetz den Entwicklungen der letzten zwei Jahrzehnte anzupassen. Die Kritik der Linken richtet sich vor allem gegen eine Verstärkung der Kompetenzen des Bundes beim Bau von Flughäfen (zum Nachteil der Kantone und Gemeinden). Sie stösst sich ausserdem an Bestimmungen, welche es dem Bund erlauben, Kredite für die Neuerstellung und den Ausbau von Flughäfen zu gewähren. Gegen das am 18. Juni 1993 vom National- und Ständerat gutgeheissene

## Eidgenössische Volksabstimmungen

### 20. Februar 1994

- Bundesbeschluss vom 18. Juni 1993 über die Weiterführung der Schwerverkehrsabgabe
- Bundesbeschluss vom 18. Juni 1993 über die Weiterführung der Nationalstrassenabgabe
- Bundesbeschluss vom 18. Juni 1993 über die Einführung einer leistungs- oder verbrauchsabhängigen Schwerverkehrsabgabe
- Volksinitiative «zum Schutz des Alpengebietes vor dem Transitverkehr» (Bundesbeschluss vom 18. Juni 1993)
- Änderung vom 18. Juni 1993 des Luftfahrtgesetzes

### 12. Juni 1994

Gegenstände noch nicht festgelegt

### 25. September 1994

Gegenstände noch nicht festgelegt

### 4. Dezember 1994

Gegenstände noch nicht festgelegt

Gesetz wurde daher das Referendum ergriffen.

## Verkehrsabgaben

1985 wurden in der Schweiz sowohl die Autobahnvignette als auch die Schwerverkehrsabgabe für eine befristete Dauer von zehn Jahren eingeführt. Damit sollten die Kosten für den Bau und den Unterhalt des Nationalstrassennetzes gedeckt werden. Bundesrat und Parlament schlagen nun vor, die Gebühren auch in Zukunft zu erheben. Falls das Volk dies befürwortet, wird die Autobahnvignette ohne zeitliche Begrenzung weiterhin erhoben und der Jahresbetrag ab 1995 von 30 auf 40 Franken erhöht, die Schwerverkehrsabgabe hingegen wird bis zum Jahr 2004 verlängert und um ca. 30% erhöht. Die Höhe der Teuerungsanpassung wird vom Parlament und – eventuell – vom Volk beschlossen. Sofern Volk und Stände die dritte Vorlage über eine leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe annehmen, könnte die heutige Abgabe zukünftig zum Beispiel durch eine eurokompatible Steuer auf gefahrene Kilometer ersetzt werden.



**Die Alpeninitiative möchte u.a. den Verzicht auf den Bau des zweiten Gotthardautotunnels erreichen.  
Unser Bild: eine Säumergruppe aus Brig.**